

Politische Parteien zwischen Sein oder nicht Sein?

Digitale Transformation als Organisationsumbruch

Isabelle Borucki

1. Einleitung

Politische Akteure wie Parteien, Verbände, Nichtregierungsorganisationen und andere Intermediäre werden auf besondere Weise durch die Digitalisierung und digitale Transformation herausgefordert. Unter Digitalisierung wird im Folgenden nicht nur rein technisch, sondern breiter die Verbreitung und Durchdringung politischer Sphären und Lebenswelten durch digitale Mittel und Kanäle verstanden (Wright 2012). »Digitalisierung, verstanden als zunehmende Omnipräsenz, Ausbreitung und Distribution elektronischer Kommunikationsformate und -inhalte, vornehmlich, aber nicht nur über das Internet« ist dann mit massiven Transformationsprozessen verbunden – sowohl auf der inhaltlichen, wie auch der technischen Ebene (Borucki/Jun 2018, 31). Zumindest auf den hier fokussierten Fall der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem parlamentarischen Repräsentativsystem trifft zu, dass Parteien als zentrale Akteure eines Staates nicht nur vor der Aufgabe stehen, sich selbst und ihre Organisationsstruktur an die Digitalisierung anzupassen, sondern auch ihre vielfältigen Vermittlungsleistungen zwischen Staat und Gesellschaft an die gewandelten Umweltbedingungen anzupassen. Das impliziert, dass gerade für Parteien, die über Sonderfunktionen (Rekrutierung politischen Führungspersonals, politische Willensbildung, Partizipation, Interessensartikulation, Mobilisierung u.v.a.) im politischen System verfügen, besondere Bedingungen und Herausforderungen gelten (Jun 2013; Sartori 2005). Etwa die schon immer von Parteien geleistete bzw. intendierte Integration unterschiedlicher Mitgliedergruppen bzw. Flügel, die Ansprache von immer disparater und polarisierter werdender Wählergruppen über Wahlkampfkommunikation (Dreyer/Bauer 2019; Garcia et al. 2015; Prior 2013; Wang 2014), die Mobilisierung und Bindung über Wahlkämpfe hinaus (Caruso 2015; Lilleker/Koc-Michalska 2016; Loveless 2010; Neyazi et al. 2016; Nielsen 2011; Segesten/Bossetta 2017) sowie die Kommunikation über politische Projekte und Entscheidungen in der Regierungsarbeit (Borucki 2014). All diese Aufgaben betreffen verschiedene Teile von Parteien (Führung, Funktionärssebene, Basis [Key 1953] und verschiedene Verantwortungsstufen – je nach dem, in welcher Po-

sition innerhalb des politischen Systems und des Parteiensystems sich eine Partei befindet [Regierungs- oder Koalitionsverantwortung in Bund, Land, Kommune, Opposition: Niedermayer 2013, 70]) und wie die konkrete Ausgestaltung des Parteiensystems ist (entlang von Konfliktlinien oder als Typologien: Niedermayer 2013). Dabei ist noch völlig unklar, sowohl seitens der Forschung als auch seitens der Praxis, welche Folgen und Auswirkungen die Einführung digitaler Verfahren und Beteiligungsinstrumente für die Parteiorganisation bedeutet, und das, obwohl mit verschiedenen Experimenten z.B. zu virtuellen Ortsvereinen seit den 1990ern Wissen zum Umgang mit dem ›Neuland‹ in Parteien gesammelt wurde.

Der Beitrag diskutiert auf dieser Basis, welche Bereiche und Perspektiven die Parteienforschung bislang betrachtet hat, wenn es um Fragen der Digitalisierung politischer Parteien geht. Dabei wird

1. Erstens das Augenmerk auf den Forschungsstand dahingehend gelegt, als dass zunächst aufgezeigt wird, welche Bereiche die deutsche und europäische Parteienforschung im Hinblick auf Digitalisierung bisher betrachtet haben und welche nicht. Hierzu fokussiere ich auf die folgenden Felder innerhalb der Parteienforschung: A) Parteienwandelforschung, B) Parteientypenforschung, C) Innerparteiliche Strukturen und Organisation, D) Kandidaten, Leadership und Kommunikation sowie E) Policies und Programmatik (Abschnitt 2).
2. Zweitens wird eruiert, welche Szenarien Forscher in diesem Bereich entwickelt haben und zu welchen Folgerungen die Forschung im Feld zu den bisher empirisch noch nicht nachgewiesenen ›digitalisierten Parteien‹ oder »Cyber Parteien« (Margetts 2006) gelangt ist. Allgemeiner zum Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie eröffnete zunächst die Differenz zwischen Technikdeterministen und Technikpessimisten das Spektrum der Betrachtungen, in dem sich allgemeine Entwürfe zum Potenzial der Digitalisierung entfalteten (zum Überblick: Kneuer 2013; Kneuer/Salzborn 2016). Daran anschließend, und mit zunehmender Ausdifferenzierung der Interaktionsmöglichkeiten im Netz, wurden daraus die Normalisierungs- und Transformationshypothesen (reinforcement vs. empowerment) entwickelt. Erstere besagt, dass sich bestehende Ungleichheiten auch in digitalen Umwelten fortsetzen, wohingegen letztere von einer Transformation und Veränderung (oftmals zum Besseren) der Demokratie durch das Internet ausgeht. Die Transformationsthese gilt inzwischen als widerlegt, wie noch erläutert wird, wohingegen sich die Normalisierungsthese insbesondere in der effektiven Verstärkung bereits bestehender analoger Ungleichheiten im Digitalen als noch wirkmächtiger erweist und inzwischen in Deutschland eher Negativszenarien zur Zukunft digitaler Demokratie dominieren (Abschnitt 3).
3. Drittens wird ein Fokus darauf gelegt, welche möglichen zentralen Forschungsbereiche für die Parteienforschung in der Zukunft von besonderer Relevanz

sind, wenn es darum geht, den Umgang zentraler Intermediäre wie politische Parteien mit der Digitalisierung und ihren Folgen analytisch einzuordnen. In diesem Teil geht es darum, aufzuzeigen, wo das Augenmerk auf unerforschte Bereiche gerichtet werden sollte. Hierbei wird die Position vertreten, dass sich die Parteienforschung mittlerweile fast schon zu kleinteilig Einzelphänomenen widmet und dabei die Zusammenhänge nicht nur mit dem Parteiensystem, sondern auch dem politischen System aus dem Blick verliert (Wiesendahl 2013, 47). Eine singuläre Betrachtungsweise führt insofern kaum zu einer umfassenden Erschließung des Gegenstands, weil Digitalisierung auch im Feld der politischen Parteien quer zu allen Themen und Bereichen liegt und den Gegenstand organisatorisch, technisch, sozial, gesellschaftlich und damit inhaltlich wie personell und strukturell durchdringt. Damit sind also viele Ebenen und Dimensionen verbunden, die es in der geeigneten Forschung zu adressieren gilt (Abschnitt 4). In dieser Hinsicht versteht sich der Beitrag als ein Aufruf zu einer intradisziplinär integrativ orientierten Parteienforschung.

2. Systematische Einordnung des Gegenstands »Digitalisierung und Parteien«

Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei Digitalisierung um einen allumfassenden Prozess, der auch und gerade nicht vor Parteien halt macht. Dies ist deshalb der Fall, weil Parteien mehr noch als andere Organisationen im Zentrum des politischen Geschehens und damit der öffentlichen Aufmerksamkeit – insbesondere der Massenmedien – stehen. Wie genau sich Parteien jedoch der Digitalisierung zuwenden oder nicht, wie sie mit dieser Transformation umgehen und welche Instrumente und Praktiken an dieser Stelle zum Einsatz kommen, sind eher blinde Flecken der politikwissenschaftlichen, insbesondere vergleichenden, Auseinandersetzung mit Parteien, wie nun ausgeführt wird.

Der Forschungsstand zu Parteien allgemein aus Perspektive der Parteienwandelforschung, die Parteienwandel als »evolutionären Entwicklungsprozess« (Wiesendahl 2010b, 92) konzipiert, lässt sich fragmentarisch in folgende Bereiche untergliedern: A) Parteienwandelforschung, B) Parteiidentypenforschung, C) Innerparteiliche Strukturen und Organisation, D) Kandidaten, Leadership und Kommunikation sowie E) Policies und Programmatik (Tabelle 1). Dabei ist allerdings anzumerken, dass Parteienwandel als übergreifende Kategorie für die anderen vier zu sehen ist, je nachdem, wie Party Change operationalisiert wird: Als Ursache für Veränderung, als auslösendes externes oder internes Moment von Veränderung oder als Ergebnis von Reformen. Insofern sind die Bereiche B) bis E) auch, aber nicht nur, unter Parteienwandel zu subsumieren. Eine weitere übergreifende Kategorie aus der Parteienforschung ist die Parteiorganisationsforschung, welche die Berei-

che C) bis E) umfassen kann, je nachdem wie der Begriff der Parteiorganisation ausgedeutet wird (vgl. Abbildung 1 und Korte et al. 2018).

Tabelle 1: Darstellung der wesentlichen inhaltlichen Bereiche der Parteienforschung mit Beispielstudien und Metaanalysen zu digitalen Themen. Eigene Darstellung.

A) Parteienwandelforschung	B) Parteien-typenforschung	C) Innerparteiliche Strukturen und Organisation (innerparteiliche Demokratie, IPD)	D) Kandidaten und Leadership, Kommunikation/ Campaigning (IPD)	E) Policies und Programmatik
1. Umwelt-deterministen Harmel/Janda 1982	1. Evolutionsmodelle Jun 2004; Heyme 2002	1. Rekrutierung Höhne 2013; Treibel 2013; Florack et al. 2005		1. Ideologie König 2018
2. Interaktionisten Harmel/Janda 1994	2. Parteienfamilien Jun/Höhne 2011	2. Reform Reichart-Dreyer 2002; Gauja 2017	2. Kampagnen Jungherr 2017; Schweitzer/ Albrecht 2011	2. Zielformulierung Krüper 2018
3. Umwelt-verarbeitung Jun 2004	3. Anarchische Modelle Schmid/Zolleis 2005; Weick 1982	3. Mobilisierung Dommett 2018; Marschall/Schultze 2015; Roßteutscher/Schäfer 2016		3. Strategie-entwicklung und Formulierung Heimrich 2013
4. Neoinstitutionalisten Bukow 2009, 2013	4. Hierarchische Modelle Duverger 1954; Michels 1911; Caverly 2014	4. Integration und Partizipation Bieber 2014; Lutz et al. 2015; Montigny 2015	4. Agenda-Setting Ordaz 2015; Bimber et al. 2015	
5. Mikropolitik Schmid/Zolleis 2005		5. Präsidentialisierung/ neue Leadership Poguntke/Webb 2005; Helms 2008; Glaab 2010		
<i>Integrativer Ansatz aus 3./4. und 5.: Umweltverarbeitung, Neoinstitutionalismus und Mikropolitik als kombinierte Heuristik</i>	<i>Digitale Partei: Reform und Integration digitaler Instrumente</i>	<i>Überführung innerparteilicher Willensbildungsinstrumente ins Digitale (z.B. Direktwahl von Kandidaten, Adhocracy, digitale Plattformen)</i>	<i>Digitales Campaigning, digitale Kollaborativtools zu interner Abstimmung, Hybride Außenkommunikation (z.B. VAA)</i>	<i>Digitalpolitik als Policy (zunehmende Beschäftigung innerhalb der Parteien mit Digitalpolitik als Politikfeld)</i>

A) Die *Parteienwandel- und Parteiensystemforschung* beschäftigt sich in zwei Hauptsträngen vor allem mit Fragen der Veränderung von Parteien aufgrund einerseits externer Einflüsse und Schocks (der so genannte Party Decline-Ansatz: Wiesendahl 2010a; Wiesendahl 2010b), dessen Folgen, so die Vertreter dieser früheren Linie, in einem Niedergang der Parteien kulminierten. Dieser Zweig der Forschung wurde auch als »Krisenwissenschaft« bezeichnet, weil sie grundsätzlich

Fehlentwicklungen des Parteiwesens nachempfinden wollte. Dagegen beschäftigt sich der zweite und weitaus modernere Strang mit einer Wandelperspektive auf Parteien, die in erster Linie mit parteiinternen bzw. parteiabhängigen Einflüssen zu tun haben: Dies sind anhaltender Mitgliederschwund, aber auch die Überalterung und schwindende Anbindung der Parteien an ihre Milieus mit der Folge einer geschwächten Legitimationsbasis als »Vertrauens-, Repräsentations- oder Legitimationskrise des Parteienstaates« (Decker 2007, 20).

Mit diesem Strang eng verbunden ist auch die Parteiensystemforschung, deren Wandel ebenso verschiedenen Veränderungen unterworfen ist wie jene der Strukturen von Parteien. Der heutzutage dominante Modus der Erforschung von *party (system) change* ist einem Evolutionsmodell unterzuordnen. Hier existieren verschiedene Ansätze, die auch der Tabelle zu entnehmen sind (Bereich A); der strategische Ansatz wird aufgrund seiner geringen Reichweite nicht abgebildet. Alle fünf hier dargestellten Ansätze suchen nach Ursachen von exogenen wie endogenen Einflüssen auf die Organisationsperspektive politischer Parteien (Wiesendahl 2010a, 47). Allerdings eint alle diese Ansätze, dass sie wenig miteinander verknüpft sind, was Wiesendahl auf ein »verbesserungsbedürftige[s] Reflektionsvermögen der Wandlungsforschung« (ebd., 56) zurückführt. Demnach sei Anpassung immer auch eine Adaption in dem Sinne, dass Parteien »eigeninitiativ und proaktiv« Wandel gestalten könnten (ebd.), was im Grunde eine starke Hinwendung zu prozessorientierten theoretischen Basierungen nahelegt. Wandel, gesteuert von den Parteieliten, ist dann nach dem interaktiven und dem umweltdeterministischen Ansatz, eine Top-Down-Veranstaltung innerparteilicher Reform. Der neo-institutionelle Ansatz fügt dem die außenkommunikative »Fassadenpolitik« oder Symbolpolitik hinzu. Weiter gehen dagegen der Umweltverarbeitungsansatz, der mikropolitische und der organisationsanarchische Ansatz, die versuchen, die gesamte Lebenswelt einer Partei sowie Feedbackprozesse mit in den Blick zu nehmen. Diese Ansätze kalkulieren Scheitern mit ein. Für den hier interessierenden Gegenstand der Digitalisierung von Parteien sind genau jene Ansätze besonders hervorzuheben, da sie entgegen der landläufigen Zersplitterung der Parteienforschung ein integratives und interaktives Vorgehen ermöglichen (zur ausführlichen Diskussion: Wiesendahl 2013, 47)

B) Parteientypenforschung: Hierunter werden im Wesentlichen alle Arbeiten subsumiert, die sich mit der Entwicklung und Kennzeichnung von Parteien mittels Typologien, einer klassischen politikwissenschaftlichen Forschungsmethode, beschäftigen. Der Anfang dieser Auseinandersetzung mit Parteientypen wurde sicherlich am Ende des 19. Jahrhunderts, mit dem Siegeszug der Mitglieder- und Massenparteien (Jun 2013) gelegt. Wie der Überblick in Jun (2013, 123) zeigt, haben sich seitdem die Beschäftigungen und Verfeinerungen der jeweiligen Parteientypen entlang ihrer Aufgaben und Funktionen in demokratischen Systemen stark ausdifferenziert. Beginnend mit der sogenannten Volkspartei (Kirchheimer 1965;

Williams 2008), oder auch Catch-all-party (Blyth/Katz 2005; Katz/Mair 1996; Puhle 2002; Smith 2009) entstand ein breiter Forschungsstrang innerhalb der Parteienforschung, der sich der Entwicklung der Typen von Parteien und deren jeweiliger Ausprägung widmet. Die hieran anknüpfende empirische Evidenz bzw. die Operationalisierung der jeweiligen Typen für empirische Forschung stand und steht in diesem Bereich der Parteienforschung an erster Stelle. Neuere Studien behandeln mit Blick auf die Digitalisierung den Typus der »Digitalen Partei« (Gerbaudo 2018; Hartleb 2013; Margetts 2006) als Ausprägung und Manifestation der Beteiligungswünsche in der Mitgliedschaft. Dem wird durch die Integration digitaler Plattformen entsprochen, die es der Basis ermöglichen, direkt mit der Parteiführung zu interagieren. Für Kampagnen bedeutet die »digitale Partei« eine starke Hinwendung und Basierung auf und hin zu Social Media als Distributions- und Interaktionskanälen sowie zu datengestütztem Wahlkampf (Dommert/Temple 2018; Jungherr 2017).

C) Die *innerparteiliche Organisation und Strukturen* innerhalb von Parteien wurden zwar bisher nicht ganz außer Acht gelassen, dieses Feld der Parteienforschung ist aber besonders schwer zugänglich (Wiesendahl 2010a). Die Form und Ausgestaltung von Entscheidungsprozessen sind zwar gut erforscht (Korte et al. 2018, 12), insbesondere, wenn es um die Frage geht, wie Entscheidungsprozesse in Parteien herbeigeführt werden (Korte/Treibel 2012; Triebel 2013). Anders sieht es mit der Durchsetzung von (digitalen) Reformen aus und der diesbezüglichen Abstimmung und Koordination innerhalb der Parteien. Hier sind zwar Studien zur Auswirkung auf die Mitgliederentwicklung einschlägig (Walter-Rogg 2013), eine Perspektive auf die Mitbestimmung von Mitgliedern und/oder eine Ausweitung der Mitgliedsrechte und damit verbundene Veränderung des Mitgliedsstatus hat bisher eher weniger Forschung inspiriert (Scarrow 2018); ist damit doch immer auch ein Aufweichen der Rückbindung an die jeweiligen Milieus sowie die notwendige Kalkulation der Parteiführung mit dem Eigensinn und der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft verbunden. Was die Mitbestimmung, auch und insbesondere über digitale Mittel anbelangt, ist dieses Feld aber noch ausbaufähig (Bieber 2014; Datts 2014).

D) Der Bereich der Forschung zu *Kandidaten und Leadership* enthält viele Studien, die sich rund um Personalisierung drehen, insbesondere Einzelfallstudien und Fragen der Leadership – und der Verbindung der jeweiligen Parteiteile über Führung – überwiegen hier (nur zur Veranschaulichung u.a.: Beyme 1996; Blondel 2010; Helms 2012; Helms 2014; Jun/Pütz 2010; Kenig 2009; LeDuc 2001). Aber auch Untersuchungen und Studien, die sich Fragen der innerparteilichen Kandidatenauswahl und Parteiführung sowie Reformen und Neuerungen wie etwa Vorwahlen widmen (Lev-On 2011; Vaccari 2013), sind hier hinzu zu rechnen (Cross 2013; Detterbeck 2013; Höhne 2013, 2017). Wie allerdings Kandidaten und die Parteieliten auch mittels elektronischer Mittel und über das Internet selektiert und letztlich gewählt werden könnten, dazu gibt es bisher für den deutschen Fall keine umfassenden

Studien. Für Spanien und Italien gibt es entsprechende Arbeiten (z.B.: Borge/Santamarina 2016).

E) Unter *Policies und Programmatik* als letzte und gleichzeitig forschungstechnisch größte Kategorie sind jene Studien zu subsumieren, die sich im Wesentlichen mit Fragen der programmatischen Orientierung und Ausrichtung von Parteien und der Passung mit der Wählerneigung beschäftigen (Debus 2007; Debus/Müller 2013; Merz/Regel 2013; Polk/Köln 2017; Romeijn 2018). Hier besteht auch eine große Schnittmenge mit der Wahlforschung und anderen Bereichen der politischen Soziologie. Studien in diesem Bereich bedienen sich oftmals des »Manifesto«-Korpus, in dem die Wahlprogramme von Parteien international verglichen und mit automatisierten Analyseverfahren untersucht werden können (Allen/Mirwaldt 2010; Klingelhöfer 2014; Merz et al. 2016; Volkens et al. 2013).¹

Die Beschäftigung im Feld »Parteien und das Digitale« ist grundsätzlich ebenso in den fünf Bereichen aus Tabelle 1 zu verorten, sie konzentriert sich bis dato aber vor allem auf mit digitalen Instrumenten geführte Wahlkampagnen, neuerdings auch im Sinne eines data-driven campaignings (Jungherr 2017; Kefford 2018; Oswald/Johann 2018). Im Zentrum des Interesses standen bislang vor allem Fragen der Personalisierung und Professionalisierung von Wahlkampagnen (Bennett 2012; Enli/Skogerbo 2013; Figenschou et al. 2017; Kriesi 2012; Langer/Sagarazu 2018; Rahat/Kenig 2018; van Aelst et al. 2012) und in Zeiten zunehmender Bedeutung von Social Media auch in polarisierten Medienumwelten (De Nooy/Kleinnijenhuis 2013; Steiner/Martin 2012; Yardi/Boyd 2010), was allerdings in Bezug auf die Polarisierung der Wählerschaft nichts Neues ist (Ansolabehere/Iyengar 1995). Möglichkeiten zur aktiven Gestaltung haben sich bei Online-Wahlkämpfen gezeigt oder bei Konsultationsverfahren über Programmatik und gar Koalitionsentscheidungen über das Internet (Dommert 2018). So war zwar in den vergangenen Jahren, insbesondere dem letzten Jahrzehnt, eine deutliche Zunahme politischer Online-Mobilisierung und entsprechender Online-Kampagnen in Wahlkampfphasen zu beobachten (Voss 2014; Marcinkowski und Metag 2013; Unger 2012), allerdings noch ohne tatsächlich wahlentscheidende Auswirkungen (Kefford 2018; Jungherr 2017).

Neuere Entwicklungen im Feld B) behandeln den Typus der »Digitalen Partei« (Gerbaudo 2018; Hartleb 2013; Margetts 2006) als Ausprägung und Manifestation der Beteiligungswünsche in der normalen Mitgliedschaft. Dem wird durch die Integration digitaler Plattformen entsprochen, die es der Basis ermöglichen, direkt mit der Parteiführung zu interagieren. Für Kampagnen bedeutet die digitale Partei eine starke Hinwendung und Basierung auf und hin zu Social Media als Distributions- und Interaktionskanälen sowie zu datengestütztem Wahlkampf (Dommert/Temple 2018; Jungherr 2017). Damit verbunden ist auch eine organisationsinterne Öffnung der Parteien gegenüber der orts- und zeitungebundenen Kol-

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Norbert Kersting in diesem Band (Kersting 2019).

laborativlogik der Plattformmedien (Van Dijck et al. 2018), was den in der Tabelle 1 unter C) 6. gelisteten Punkten entspricht.²

Hinzu kommt die Beschäftigung mit weiteren Formen und Arten von politischer Kommunikation auf der Mikroebene, also durch Politiker sowie die Darstellung von Politikern und Parteien in Sozialen Medien (Bossetta 2018; Dimitrova/Matthes 2018; Ernst et al. 2019; Klinger/Russmann 2017; Lopez-Meri et al. 2017; Stier et al. 2018; Vaccari 2017; Valera-Ordaz et al. 2018). Hier zeigen die meisten Studien, die in erster Linie auf die PR-orientierte Außenkommunikation abstellen, dass es in erster Linie die Politiker und Kandidaten selbst sind, die das Ausmaß der Nutzung digitaler Technologie und insbesondere Social Media in der Hand haben. Allerdings, so auch die Hauptargumentation dieser Forschungsrichtung, sind Politiker mehr und mehr Getriebene der ausdifferenzierten hoch auswählbaren und auswählenden Medienumwelt geworden (van Aelst et al. 2017). Eine besondere Ausprägung nimmt das so genannte Medienmanagement dann ein, wenn es im Sinne von »political leadership« als Kapital eingesetzt wird. Dann werden über Personalisierungsstrategien die Personen und ihre Eigenschaften im Rahmen einer Kommunikationsstrategie medial betont und indirekt über diese Personen Inhalte vermittelt (Langer 2011; van Aelst et al. 2010).

Die gerade skizzenhaft geschilderte Fokussierung auf die Instrumente und Formen der Wahlkampfführung und etwaige Veränderung derselben durch Social Media verstellt allerdings den Blick auf die Perspektive des Organisationsalltags von und in Parteien, nämlich zentral die Frage danach, wie Parteien als Organisation mit der Digitalisierung umgehen und sie als soziale Praktik in ihre Organisationsstruktur integrieren – oder nicht. Mögliche Betätigungsfelder im Schnittfeld Parteien und Digitalisierung sind in dieser Hinsicht vor allem in der innerorganisatorischen, sprich innerparteilichen, Antizipation von Digitalisierung zu sehen, wo bisher eher wenige Forscherinnen tätig sind (Dommett 2018; Dommett/Rye 2018; Rye 2015). Das ist unter anderem auch damit zu begründen, dass die Konzeptentwicklung dessen, was innerparteiliche Demokratie bedeutet, lange auch von den Parteien ignoriert wurde (Bieber 2014). Wie verändern einerseits zunehmende Forderungen nach Beteiligung und Mitbestimmung die Parteistrukturen? Wie wirken sich Formen digitaler Mitbestimmung aus und welche Konsequenzen hat dies für den Aufbau einer Partei? Die Beschäftigung mit Fragen der digitalen innerparteilichen Willensbildung und Demokratie sowie der Mitbestimmung und Beteiligung von Mitgliedern, Unterstützern oder gar Sympathisanten (Scarrow 2015) geht dann über die reine Einführung von E-Voting oder Online-Voting (Carter/Belanger 2012) auf Parteitage und anderen analogen Entscheidungsveranstaltungen weit hinaus – mit entsprechenden, unter Umständen problematischen demokratietheoretischen Konsequenzen (Lauer 2004; Lutz/Hoffmann 2017) – etwa dem Ausschluss

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Jasmin Fitzpatrick in diesem Band (Fitzpatrick 2019).

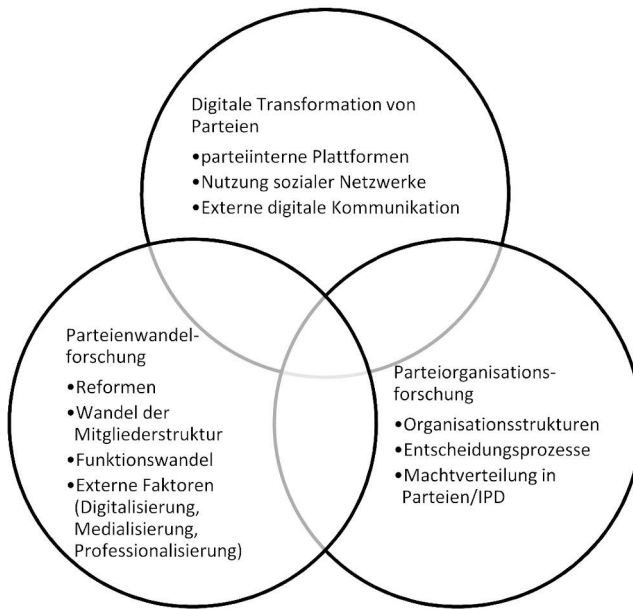
schwacher Interessen und anderer benachteiligter Gruppen aus der Parteiarbeit (Kersting/Baldersheim 2004). Die zentrale Frage an dieser Stelle ist die nach der Einbindung eben jener schwacher und unterrepräsentierter Interessen (je nach Partei eher die Jüngeren, eher die Frauen oder eher die monetär schlechter Gestellten) und wie sich dies im Sinne der Normalisierung auch in sozialen Netzwerken wie Facebook verstetigt (Lev-On/Haleva-Amir 2016). Hier sind die Parteien gefragt, die vor allem in der Regierungsposition als skeptisch bis reserviert oder vorsichtig gegenüber digitalen Neuerungen einzustufen sind (Borucki 2018). Interessante Fragen in dieser Perspektive wären: Worin liegt die Beharrungskraft von Parteien begründet? Gibt es Unterschiede zwischen Parteien darin, wie sie mit Digitalisierung umgehen und womit sind diese zu begründen? Wie können Gestaltungsoptionen ausgemacht und ausgenutzt werden, um auch proaktiv und eigeninitiativ mit Veränderungen durch die Digitalisierung (etwa steigender Anforderungen an Transparenz und Responsivität) umzugehen? Hier wären regierende Parteien in der Verantwortung, wenn es darum ginge, digitale Partizipationsformen innerhalb der Parteien auch grundgesetzlich zu verankern und damit zu ermöglichen oder grundsätzlich digitale Beteiligungsformate in anderen politischen Organisationen gezielt zu befördern und Instrumente des E-Government zentral und offen (also nicht proprietär) zur Verfügung zu stellen (etwa gemäß der zehn Prinzipien offener Regierungsinformation; darunter Transparenz, Partizipation, Kollaboration; Wewer 2014, 34).

In der Diskussion rund um Digitalisierung und Parteien verschmelzen drei Forschungsstränge der Parteienforschung: Die *Parteiwandelforschung* wird in erster Linie von Fragen des Wandels durch Digitalisierung adressiert, wenn Digitalisierung als von extern kommender Einfluss oder Prozess konzeptualisiert wird, der nicht nur eine technische Komponente hat, sondern auch transformierende gesellschaftliche Wirkmächtigkeit entfaltet.

Der zweite Bereich, die *Parteiorganisationsforschung* ist dann relevant, wenn davon ausgegangen wird, dass Digitalisierung nicht einfach einen linearen Kausalprozess auslöst, sondern auch und unmittelbar aus Parteiorganisationen heraus wirkmächtig wird. Hiermit ist die Perspektive der Umweltverarbeitungsansätze, Interaktionisten und Neoinstitutionalisten gefragt. Der dritte, beide genannten Stränge vereinende Bereich ist die *digitale Transformation von Parteien*, die sich durch »Partizipationalismus« (Gerbaudo 2018) und eine Plattformisierung der internen Parteiarbeit kennzeichnen lässt. Die folgende Abbildung 1 soll dies veranschaulichen.

Die Parteiwandelforschung liefert nicht nur Untergangs- und Krisenszenarien, sondern kann für die Erschließung des Feldes »digitale Parteien« von großem Wert sein. Hier sei zuerst an Arbeiten zu Parteireformen gedacht (Gauja 2017; Reichart-Dreyer 2002), deren konzeptioneller Gehalt auch auf digitale Transformation angewendet werden kann (Tabelle 1, C) 2. und 6.). Unter einer Parteireform versteht

Abbildung 1: Verschmelzung zweier Forschungsstränge zu einem neuen.
Eigene Darstellung.



dieser Beitrag nach (Jun 2009, 188) »alle planvollen, auf strategische Entscheidungen zurückzuführenden Veränderungen der Organisationsstrukturen einer Partei, die unmittelbar das Binnenleben betreffen«. Es geht dabei also laut Bukow (2014, 134) primär um Veränderungen der formalen Strukturen, die in der Regel über die Satzung festgelegt sind; das können etwa die Einführung von Urwahlen oder Direktwahlen von Kandidaten sein. Insbesondere dann, wenn es um eine Öffnung und Veränderung von Parteien, auch mit digitalen Mitteln geht, ist dieser Bereich zur theoretischen Basierung lohnenswert (Gerl et al. 2016). Mit Parteireformen und einer Öffnung ist oftmals auch eine Veränderung der Mitgliederstruktur von Parteien zu beobachten (Korte et al. 2018).

Die Perspektive auf Parteireformen hat die Parteiwandelforschung mit der Parteiorganisationsforschung gemeinsam, die zentral auf Veränderungen in Organisationsstrukturen aufgrund vielfältiger Ursachen fokussiert. Hier ist es sekundär, aus welcher Richtung der Veränderungsimpuls eintritt (von extern oder intern, als Schock oder schleichend). Relevant ist in erster Linie, inwiefern sich Entscheidungen und Entscheidungsfindungsprozesse über Programme, Kandidaten und Strategien oder gar Strukturen ins Digitale verlagern (lassen) und welche Folgen

das jeweils für die Organisationsstruktur zeitigt. Hinzu tritt als letzte Dimension in diesem Feld die Frage nach der Machtverteilung und etwaigen Machtgleichgewichten zwischen Führung, Funktionärschicht und Basis – und welche Effekte hier im Sinne eines Bypassing durch und über Social Media zu beobachten sind (Chiru/Gherghina 2017).

Wenn wir von der digitalen Transformation in Parteien sprechen, ist damit immer auch die Transformation durch Parteien gemeint. Digitalisierung als soziale Praktik durchdringt Parteien als politische Organisationen und katalysiert unter Umständen gesellschaftliche Bedingungen in und aus Parteien, die ohnehin bereits wirkmächtig geworden sind. Dies lässt sich 1) an der zunehmenden Nutzung parteiinterner Plattformen festmachen, die denen kommerzieller Drittanbieter gleichen bzw. von ihnen entwickelt werden. 2) an der Nutzung sozialer Netzwerke sowohl durch die Parteien als Organisationen (Reichard/Borucki 2015) sowie durch die einzelnen Politiker selbst und 3) durch eine immer professionellere Gestaltung der parteiexternen Kommunikation (Gibson et al. 2017). Damit verbunden, bzw. mit einer daran anknüpfenden Veränderung der innerparteilichen Organisationskultur werden auch die demokratietheoretischen Konzepte wie Legitimität, Responsivität, Repräsentation und Glaubwürdigkeit transformiert oder zumindest um weitere Dimensionen ergänzt. Für die Legitimität bedeutet das, dass Parteien und ihre Mitglieder – egal, ob auf Führungs-, Funktionärschicht oder an der Basis – gefordert sind, nachvollziehbare und vor allem transparente Entscheidungen zu treffen und diesen Prozess auch zu kommunizieren. Damit zusammen hängt zentral auch die Frage nach der Responsivität. Also der Reaktion auf Erwartungen, die besonders im Digitalen an Parteien als Akteure in Staat und Gesellschaft herangetragen werden – bei der Gefahr für die politischen Akteure, Kontroll- und Machtverluste zu riskieren (Borucki/Jun 2018, 32ff.).

3. Digitale Transformation von Parteien als nicht mehr so neues Betätigungsfeld der Parteienforschung

Wie eingangs erwähnt, lässt sich die Forschung zur Digitalisierung und den Auswirkungen der Internetnutzung, unabhängig von der Parteienforschung, auf das politische und gesellschaftliche System in eher optimistische, teilweise utopistische und skeptische bzw. pessimistische Szenarien einteilen.

Die so genannten *Technik-Deterministen* oder auch *Cyber-Optimisten* vertreten mit der Transformationsthese die Auffassung, dass das Internet zu völlig neuen Interaktions- und Kommunikationsformen führt (Postman 1993), was letztlich in einer Transformation der Demokratie endet. Kurzum: Bessere und transparentere Demokratie ist hier das Diktum. Durch eine produktive Nutzung diskursiver Räume im Internet könne jeder an politischen Prozessen beteiligt werden (Kriesi 2008)

und sogar eine Steigerung von Empowerment durch Partizipation erreicht werden (Lilleker 2013; Scullion et al. 2013). Das ist deshalb der Fall, weil digitale Diskursräume unabhängig funktionieren und auch diese Räume hybrid zwischen Online und Offline gemixt werden. Natürlich stellen das Internet und insbesondere Plattformmedien ein immenses Potenzial für politische Partizipation auch in Parteien dar – gerade, was die Online-Kommunikation anbelangt (Voss 2014, 9), die von den Mitgliedern und Wählern eingefordert wird: »Der Ruf nach mehr Beteiligung [...] ist für gewöhnlich die Forderung nach [...] organisierten, verbindlichen Beteiligungsformen, nach qualitativen Möglichkeiten der frühzeitigen Einbindung in politische Entscheidungsprozesse« (Voss 2014, 9). Dass Online-Formate dabei kostengünstig, schnell und ortsungebunden sind, käme einer umfassenden Ermöglichung politischer Teilhabe in Parteien nur zugute. Allerdings stellt sich dann die grundsätzliche Frage, was Partizipation und Beteiligung in Parteien in der digitalen Gesellschaft überhaupt bedeuten. Denn

»angesichts des starken Rückgangs des politischen Organisationsgrads der Bevölkerung [...] stellt sich bei Parteien [...] die Frage, wie und wie viel politische Partizipation sie ermöglichen. Die Piratenpartei hat in der näheren Vergangenheit gezeigt, was in diesem Bereich möglich ist und hat dadurch auch andere Parteien beeinflusst.« (Voss 2014, 9).

In diesem Zusammenhang ist für Parteien zentral, dass durch digitale Mittel eine vormals vorhandene autoritative Entscheidungsfindung dezentralisiert wird sowie Amateure und Quereinsteiger direkt an Entscheidungsfindung beteiligt werden können – eine Aufweichung der Machtlogik und damit verbundenen Hierarchie also unter Umständen damit einher geht. Hierdurch werden »Willensbildungsprozesse ›bottom-up‹, also von der Basis hin zur Parteiführung, organisiert [...] und somit [werden] existierende Kommunikationshierarchien abgebaut« (Marschall 2013, 275). Im Mittelpunkt steht dann die Frage, ob auch durch von »Amateuren« und »Quereinsteigern« ohne langjährige Erfahrung in der Parteiarbeit herbeigeführte Entscheidungen Verbindlichkeit hergestellt werden kann und diese entsprechend bindend ist. Damit verbunden ist dann eine Ausdünnung der Machtbasis der mittleren Parteieliten, die sich unter anderem aus diesen Gründen logischerweise auch dagegen sperren dürften, ausschließlich über digitale Kanäle abzustimmen und digitale parteiinterne Beteiligungsformate einzuführen.

Die *Cyber-Pessimisten* dagegen werden auch als *Soziodeterministen* bezeichnet, weil sie postulieren, dass sich durch das Internet bestehende Ungleichheiten nochmals verstärken und bestehende Strukturen und Machtverhältnisse damit ebenfalls unangetastet bleiben (Negroponte 1995). Gemäß der damit verbundenen Verstärkerthese (international als Normalisierung bekannt; Hirzalla et al. 2010; Koc-Michalska et al. 2016; Lev-On/Haleva-Amir 2016; Marschall/Schultze 2012; Resnick 1998; Wright 2012) sind digitale Mittel nicht in der Lage, gesellschaftliche Unter-

schiede zu begründen, sondern sie verstärken diese sogar noch (Goodin/Dryzek 2006; Schradie 2018). Bisherige Studien zur Partizipation und politischen Teilhabe seit dem »deliberative turn« und den damit verbundenen demokratischen Innovationen (Gibson/Cantijoch 2013; Koc-Michalska et al. 2016; Kersting 2013) legen zudem für die Mikroebene das Entstehen neuer Typen expressiven politischen Verhaltens in Online-Foren nahe, was denen zu Gute kommt, die ohnehin bereits über ausreichend Ressourcen verfügen, ihre Meinung zu äußern und eine gewissen individuellen Selbstdarstellungsdrang befriedigt. Gerade auf der lokalen Ebene öffnen sich Parteien solchen deliberativen und partizipativen Instrumenten des »invited space« und »invented space«, einer hybriden Demokratie und profitieren von deren Anwendung (Gabriel/Kersting 2014; Kersting 2017). Weiter angewendet auf Parteien bedeutet dieses Paradigma nicht nur das Verstetigen bestehender Spaltungen, sondern auch die unter Umständen steigende Möglichkeit zur Überwachung und Steuerung der Mitgliedschaft durch die Machteliten. Stefan Marschall folgert daraus, dass

»Partei-eliten die Internet-Anwendungen gezielt für ihre Zwecke instrumentalisieren und dass die neuen Kommunikationsoptionen die Rolle des Parteimanagements in der innerparteilichen Willensbildung effektiv festige[n] (>top-down<)« (Marschall 2013, 275).

Mit den möglichen Verschiebungen zwischen demokratischen Institutionen und Zivilgesellschaft bzw. Internet und Parteien zusammen hängt ein Funktionswandel politischer Parteien zu darstellenden Funktionen (Sartori 1976, 24f.), der wiederum durch externe wie interne Prozesse wie Medialisierung (Donges 2008) oder Professionalisierung (Borchert 2003) beeinflusst wird. Die als Repräsentationsfunktionen klassifizierten Pflichten von Parteien sind laut Schmitter (2001, 74–84) der Wettbewerb in Wahlkämpfen, Aufbauen symbolischer Identität, Regierungsbildung sowie Interessenartikulation. Laut Sorauf (1975) sollten Parteien grundsätzlich ihre Funktionen so ausfüllen, dass diese immer auf Repräsentation zurückgeführt werden können. Hierzu entwirft er drei Dimensionen, in denen Parteien diese Repräsentationsfunktionen erfüllen sollen: Societyness (Gesellschaftlichkeit), Stateness (Staatlichkeit) und der intermediäre, also vermittelnde Status (intermediary). Zu repräsentativen Funktionen sind neben der Partizipation, also der Willensbildung in und durch Parteien, die gesellschaftliche Integration sowie die Information zu rechnen, ebenso wie die Sozialisierung und damit verbundene Politisierung sowie zuletzt Mobilisierung hierzu zählen (Jun 2013, 123). Zu den expressiven Funktionen rechnet die Parteienforschung (etwa: Schmitter 2001) die Rekrutierung von Personal, Aggregation und Artikulation von Interessen, Bildung von Mehrheiten, Sichern von Responsivität, Regieren bzw. Regierungsbildung, Legitimation politischer Entscheidungen, Organisation von Opposition sowie Mobilisierung durch Kommunikation in und außerhalb von Wahlkampfzeiten. Diese Funktionenbündel

werden in der Parteienforschung (anders als der Partizipationforschung [Endersby/Towle 1996]) deshalb expressiv genannt, weil sie innerhalb der politischen Kommunikation einer Partei deren Agency für Erwartungen und Interessenartikulation aus der Bevölkerung beinhaltet. Sartori (2005, 24) betont hier den Zwei-Wege-Charakter dieser Funktion, wobei er mit Expression die an Parteien gerichteten Erwartungen verstanden wissen will. Die Hinwendung zu vornehmlich ausdrückenden und darstellenden Funktionen ist insofern als Organisationsumbruch für politische Parteien zu sehen, der mit dem omnipräsenten neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit verschränkt ist.

Die von einer Verschiebung hin zu eher darstellenden Funktionen im Wesentlichen betroffenen Funktionen sind die Partizipation von Mitgliedern, Funktionären, aber auch Außenstehenden, wie Wählern. Die Integration gesellschaftlicher Minderheiten und sozial Schwacher, die Information über Programmatiken und Ideologie sowie die Sozialisation und Mobilisierung zu politischem Aktivismus sind dann aus den veränderten Anforderungen an Parteien gerichtete Funktionen. In erster Linie handelt es sich in dieser Hinsicht um einen Wandel von repräsentativen zu expressiven Funktionen, mit der Konsequenz, dass Parteien sich zunehmend nur auf das Regieren ausrichten: »When parties become less expressive [...] they become more inclined to present themselves to voters as governors and to ask to be judged as governors« (Mair 2009, 9). Diese funktionale und gouvernementale Veränderung ist verbunden mit einer Hinwendung der Parteien zu symbolischer Politik und Politikdarstellung (Sarcinelli 1987) oder gar einer zur Fassade gerierten Show von Demokratie (Crouch 2004) als Simulation (Blühdorn 2013) sowie einer damit einhergehenden Aushöhlung der (innerparteilichen) Demokratie als Spiegel der Gesellschaft.

Was die Repräsentation durch Parteien anbelangt, zeigt die Forschung, dass die eingangs angesprochene Normalisierungsthese wirkmächtiger ist als die Transformationsthese: Bestehende Ungleichheiten verstärken sich im Digitalen schlicht und die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen auch und gerade über das Netz ist komplex. Hinzu kommt die zunehmende Polarisierung der (Netz-)Bevölkerung und der Wählerschaft gleichermaßen (Prior 2013; Steiner/Martin 2012). Damit ist ein Organisationsumbruch dahingehend verbunden, als dass Parteien die Aspekte von Digitalisierung sowohl im Inneren als auch Äußeren antizipieren können und nicht nur Getriebene, sondern Treiber der Entwicklung sind. Einen Organisationsumbruch durchlaufen Parteien angesichts der Digitalisierung deshalb, weil dieses Phänomen quer zu bisherigen Organisationsstrukturen funktioniert und bisherige Organisationsformen und -prinzipien klar durchdringen kann. Inwiefern und inwieweit dies aber tatsächlich umgesetzt wird, liegt in der Hand der Parteien und ihrer Entscheider.

4. Künftige Forschungsfelder

Wie dieser Beitrag gezeigt hat, gibt es viele Felder, in denen Parteien und ihr Umgang mit Digitalisierung erforscht werden können und auch teilweise bereits erforscht werden. Dass es sich hierbei bisher allerdings um eine eher selektive Beschäftigung vor allem mit Wahlkampagnen und Einzelphänomenen handelt, wurde ebenfalls deutlich. Insofern wäre es im Sinne einer integrativ-orientierten Parteienforschung wünschenswert, das Thema Digitalisierung nicht nur in den dargestellten Einzelbereichen rund um Wahlkämpfe, Personalisierung, Kommunikationsstrategien und in Einzelfallstudien zu bearbeiten, sondern auch als Metathema zu beleuchten, das alle Dimensionen der Parteien und damit auch der Parteienforschung erfasst. Zu diesem Zweck erscheinen die im ersten Teil dargestellten prozessorientierten Ansätze der Parteienforschung gut geeignet, weil sie zumindest theoretisch den Einblick in das Binnenleben einer Partei mittels entsprechenden empirischen Materials zu fassen ermöglichen.

Eine solche umfassende Sicht auf Parteien bedeutet auch, die Rückkopplung von Parteien in das politische System, sprich ihr Hineinwachsen in den Staat, aber auch die Verbindung zu den Bürgern und die Zivilgesellschaft nachzuvollziehen. In der ersten Perspektive sind damit Verbindungen der party in public office bzw. die Anstrengungen der jeweiligen Fraktionen im Parlament, Digitalisierung als Politikfeld zu besetzen sowie digitale Mittel als Organisationsrealität anzuerkennen, verbunden. In der zweiten Perspektive geht es dann um Forschungsvorhaben, die sich bewegungsförmigen Organisationen annehmen und hier untersuchen, was gangbare Alternativen zu Parteien sein könnten bzw. wie Parteien innerhalb ihrer Organisationsstruktur Digitalisierung als soziale Praktik zur innerparteilichen Demokratie und Mitbestimmung nutzen, ohne dabei die genannten Probleme der neuerlichen Exklusion und digitalen Spaltung noch zu verschärfen. Das bedeutet dann auch eine Anpassung und Adaption von Parteien an die Logiken digitaler Medien und Kanäle (etwa die Logiken der Vernetzung, Kollaborativität, Viralität und Konnektivität) aber auch die damit verbundenen Praktiken, die klassischen Parteiorganisationen diametral entgegenstehen (Tenscher/Borucki 2015; siehe Fitzpatrick 2019; Hofmann 2019 in diesem Band).

Auch wäre denkbar, die Formen von Partizipation und Mobilisierung durch und in Parteien über digitale Kanäle und Mittel genauer in die Forschung miteinzubeziehen. Hier ist insbesondere die Forschung zu sozialen Bewegungen und Protest interessant (Kneuer/Richter 2015; Sampedro/Mosca 2018; Theocharis/van Deth 2018), da sie losgelöst von einem engen Organisationsbegriff wie es der Parteienbegriff doch manches Mal ist, zu operieren und theoretisch neue Wege zu gehen. Denkbar sind in diesem Bereich Untersuchungen zur Entstehungsumgebung neuer Parteien, ihren Milieus und ihrer Herkunft – auch in Zusammenhang mit dem breiten Theorieschatz aus der Institutionalisierungsliteratur in Kombi-

nation mit den vielen Vorarbeiten zu Party Change (Arter/Kestilä-Kekkonen 2014; Basedau/Stroh 2008; Harmel/Svåsand 1993; Janda 1980; Randall/Svåsand 2002; Rose/Mackie 1988).

Da Digitalisierung und die damit verbundene gesellschaftliche Transformation quer zu allen Themen und Bereichen liegt und den Gegenstand der Parteien organisatorisch, technisch, sozial, gesellschaftlich und damit inhaltlich wie personell durchdringt, ist eine hier favorisierte quer liegende Betrachtungsweise angebracht. Wie dies umzusetzen ist, liegt im Interesse einer jeden Forscherin. Doch einige Anregungen könnten sein: Die Organisationsrealität politischer Parteien mit denen anderer politischer Organisationen zu vergleichen und nach Best-Practice-Beispielen zu fahnden, die im Sinne einer neo-institutionalistischen und integrativen bzw. umweltverarbeitenden Perspektive auch für Parteien zu gelten haben (Tabelle 1). Des Weiteren wäre eine vergleichende Analyse der Organisationskultur (also der Bereiche C) und D) in Tabelle 1) verschiedener Parteien zu bestimmten Zeitpunkten interessant, um zu vergleichen, welche Strategien und Lösungen zum Umgang mit Digitalisierung in der jeweiligen Organisationsrealität und im jeweiligen Teilbereich (Bereiche D und E in Tabelle 1) existieren. Hier ist auch ein interdisziplinärer Blick in die PR-Literatur lohnenswert, die sich umfassend mit der Organisationskultur beschäftigt hat (Huck 2004; Rhee/Moon 2009; Schein 2006; Sriramesh et al. 1992). Denn klar ist: Digitalisierung als umfassender Prozess kann aufgrund seiner hier angesprochenen Vieldimensionalität auch für politische Parteien nicht umfassend erforscht werden. Hier bedarf es zunächst kleinteiliger Zugänge und Puzzlearbeiten, allerdings nicht in der Weise, in der die Theorie- und Methodenbildung der Parteienforschung bisher operiert hat, sondern mit einem Weitblick für die bereits vorhandene Vielfalt in beiden Bereichen, ohne weiterhin »hermetisch« vor sich hin zu forschen (Wiesendahl 2013, 47f.). Eine interessante, auch quer zu bisher unternommenen Forschungsanstrengungen liegende Perspektive bietet die der Partei als Netzwerk (Bawn et al. 2012). Dieses Paradigma verspricht, jenseits von Hierarchien und klassischen Strukturen, die formal ersichtlich sind, tatsächliche Kooperationen und Vernetzungen aufzuspüren – und dies, entlang von Kennzahlen wie Homophilie, Zentralität oder Interaktivität von im Netzwerk Aktiven. Insofern stellt diese Richtung der Forschung ein vermittelndes Paradigma zwischen bereits bestehenden Ansätzen der Parteienforschung dar (Stegbauer 2008).

Grundlegend stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwiefern Parteien als spezielle Intermediäre und politische Organisationen heutzutage noch in der Lage sind, als zentrale Kommunikatoren auf die Anforderungen einer digitalen Gesellschaft adäquat einzugehen, und zwar dahingehend, dass Anfragen und Inklusionsbedürfnisse aus der Bevölkerung tatsächlich aufgenommen und artikuliert werden können. Ein auch in digitalen Kontexten maximiertes Ineinanderfließen von Organisationen, Personen, Programmatik/Ideologie, Strategie und Kom-

munikation dieser ist dabei aus politikpraktischer Sicht unerlässlich: Hierbei darf auch nicht ausgeschlossen werden, ein Scheitern in und von Parteien mit zu betrachten, insbesondere wenn die Parteienforschung nicht nur affirmativ operiert, sondern kritisch und distanziert zu beiden Phänomen – Digitalisierung und Parteien – Stellung bezieht.

Literaturverzeichnis

- Allen, Nicholas/Mirwaldt, Katja (2010): Democracy-Speak: Party Manifestos and Democratic Values in Britain, France and Germany. In: *West European Politics* 33 (4), S. 870–893.
- Ansolabehere, Stephen/Iyengar, Shanto (1995): *Going negative: How political advertisements shrink and polarize the electorate*. New York und London.
- Arter, David/Kestilä-Kekkonen, Elina (2014): Measuring the Extent of Party Institutionalisation: The Case of a Populist Entrepreneur Party. In: *West European Politics* 37 (5), S. 932–956.
- Basedau, Matthias/Stroh, Alexander (2008): Measuring Party Institutionalization in Developing Countries: A New Research Instrument Applied to 28 African Political Parties. In: *GIGA Working Papers*. Hamburg.
- Bawn, Kathleen et al. (2012): A Theory of Political Parties: Groups, Policy Demands and Nominations in American Politics. In: *Perspectives on Politics* 10 (3), S. 571–597.
- Bennett, W. Lance (2012): The Personalization of Politics: Political Identity, Social Media, and Changing Patterns of Participation. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 644 (1), S. 20–39.
- Beyme, Klaus (1996): Party Leadership and Change in Party Systems: Towards a Postmodern Party State? In: *Government and Opposition* 31 (2), S. 135–159.
- Beyme, Klaus (2002): *Parteien im Wandel: Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. 1. Auflage, Nachdruck Aufl. Wiesbaden.
- Bieber, Christoph (2014): Online-Partizipation in Parteien – Ein Überblick. In: Voss (Hg.): *Internet und Partizipation*. Wiesbaden, S. 171–191.
- Binber, B. et al. (2015): Digital Media and Political Participation: The Moderating Role of Political Interest Across Acts and Over Time. In: *Social Science Computer Review* 33 (1), S. 21–42.
- Blondel, Jean (2010): *Political leadership, parties and citizens: the personalisation of leadership*. Routledge research in comparative politics, Band 30. London und New York.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Edition Suhrkamp, Band 2634. Berlin.

- Blyth, Mark/Katz, Richard (2005): From Catch-all Politics to Cartelisation: The Political Economy of the Cartel Party. In: *West European Politics* 28 (1), S. 33–60.
- Borchert, Jens (2003): *Die Professionalisierung der Politik: Zur Notwendigkeit eines Ärgnisses*. Frankfurt.
- Borge, Rosa/Eduardo, Sáez Santamarina (2016): From Protest to Political Parties: Online Deliberation in New Parties in Spain. In: *Medijske Studije-Media Studies* 7 (14).
- Borucki, Isabelle (2014): *Regieren mit Medien: Auswirkungen der Medialisierung auf die Regierungskommunikation der Bundesregierung von 1982-2010. Politik und Kommunikation, Band 1*. Leverkusen.
- Borucki, Isabelle (2018): Europäische Regierungschefs auf Facebook: Dialogische Offerten und Interaktion in Netzwerken rund um Fanpages. In: Raupp/Kocks/Murphy (Hg.): *Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit: Implikationen des technologisch induzierten Medienwandels*. Wiesbaden, S. 127–143.
- Borucki, Isabelle/Jun, Uwe (2018): Regierungskommunikation im Wandel – Politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Raupp/Kocks/Murphy (Hg.): *Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit: Implikationen des technologisch induzierten Medienwandels*. Wiesbaden, S. 25–46.
- Bossetta, Michael (2018): The Digital Architectures of Social Media: Comparing Political Campaigning on Facebook, Twitter, Instagram, and Snapchat in the 2016 U.S. Election. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95 (2), S. 471–496.
- Bukow, Sebastian (2009): Parteiorganisationsreformen zwischen funktionaler Notwendigkeit und institutionellen Erwartungen. In: Jun/Niedermayer/Wiesendahl (Hg.): *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen, S. 211–228.
- Bukow, Sebastian (2013): *Die professionalisierte Mitgliederpartei: Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*. Wiesbaden.
- Bukow, Sebastian (2014): Die SPD-Parteiorganisationsreform. Mit Primaries und verstärkter Basisbeteiligung auf dem Weg zur »modernsten Partei Europas«? 2009-2011. In: *Parteien und Demokratie*.
- Carter, L./Belanger, F. (2012): Internet Voting and Political Participation: An Empirical Comparison of Technological and Political Factors. In: *Data Base for Advances in Information Systems* 43 (3), S. 26–46.
- Caruso, L. (2015): A Response to Comments The Structural Mobilization Factors and the »Populist Cleavage«: Searching Connections between Social Change, Economy and Politics. In: *Sociologica-Italian Journal of Sociology on Line* (3).
- Caverly, Matthew M. (2014): Iron Law of Oligarchy. In: Gibbons et al. (Hg.): *The Encyclopedia of Political Thought*. New Jersey.

- Chiru, Mihail/Gherghina, Sergiu (2017): Committee chair selection under high informational and organizational constraints. In: *Party Politics* 25 (4), S. 547–558.
- Cross, William (2013): Party leadership selection and intra-party democracy. In: Cross/Katz (Hg.): *The Challenges of Intra-Party Democracy*. Oxford, S. 101–115.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Wiley.
- Datts, Mario (2014): Innerparteiliche Mitbestimmung in der Piratenpartei: Eine empirische Analyse der Partizipation am Liquid-Feedback im Landesverband Berlin. In: *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*. Berlin.
- De Nooy, Wouter/Kleinnijenhuis, Jan (2013): Polarization in the media during an election campaign: A dynamic network model predicting support and attack among political actors. In: *Political Communication* 30 (1), S. 117–138.
- Debus, Marc (2007): Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005. In: Brettschneider/Niedermayer/Weßels (Hg.): *Die Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden, S. 43–63. Veröffentlichung des Arbeitskreises »Wahlen und politische Einstellungen« der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), Bd. 12.
- Debus, Marc/Müller, Jochen (2013): The programmatic development of CDU and CSU since reunification: Incentives and constraints for changing policy positions in the German multi-level system. In: *German politics* 22 (1–2), S. 151–171.
- Decker, Frank (2007): Parteiendemokratie im Wandel. In: Decker/Neu (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden, S. 19–61.
- Detterbeck, Klaus (2013): The Rare Event of Choice: Party Primaries in German Land Parties. In: *German politics* 22 (3), S. 270–287.
- Dimitrova, Daniela V./Matthes, Jörg (2018): Social Media in Political Campaigning Around the World: Theoretical and Methodological Challenges. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95 (2), S. 333–342.
- Dommett, Katharine (2018): Roadblocks to interactive digital adoption? Elite perspectives of party practices in the United Kingdom. In: *Party Politics*, online first.
- Dommett, Katharine/Rye, Danny (2018): Taking up the baton? New campaigning organisations and the enactment of representative functions. In: *Politics* 38 (4), S. 411–427.
- Dommett, Katharine/Temple, Luke (2018): Digital Campaigning: The Rise of Facebook and Satellite Campaigns. In: *Parliamentary Affairs* 71 (1), S. 189–202.
- Donges, Patrick (2008): Medialisierung politischer Organisationen: Parteien in der Mediengesellschaft. Wiesbaden.
- Dreyer, Philipp/Bauer, Johann (2019): Does voter polarisation induce party extremism? The moderating role of abstention. In: *West European Politics* 42 (4), S. 824–847.

- Duverger, Maurice, (1954): *Political Parties: Their organization and activity in the modern state*. London.
- Endersby, James W./Towle, Michael J. (1996): Tailgate partisanship: Political and social expression through bumper stickers. In: *The Social Science Journal* 33 (3), S. 307–319.
- Enli, Gunn Sara/Skogerbø, Eli (2013): Personalized Campaigns in party-centred politics. In: *Information, Communication & Society* 16 (5), S. 757–774.
- Ernst, Nicole et al. (2019): Populists Prefer Social Media Over Talk Shows: An Analysis of Populist Messages and Stylistic Elements Across Six Countries. In: *Social Media+ Society* 5 (1), S. 1–14.
- Figenschou, Tine et al. (2017): Serving the Media Ministers: A Mixed Methods Study on the Personalization of Ministerial Communication. In: *The International Journal of Press Politics*, online First
- Fitzpatrick, Jasmin (2019): Potenziale sozialer Medien zwischen Wunsch und Wirklichkeit – Welche Chancen bieten soziale Medien für politischer Akteure und ihre Erforschung? In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 171–186.
- Florack, Martin/Grunden, Timo/Korte, Karl-Rudolf (2005): Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien. In: Schmid/Zolleis (Hg.): *Zwischen Anarchie und Strategie*. Wiesbaden, S. 96–113.
- Gabriel, Oscar W./Kersting, Norbert (2014): Politisches Engagement in deutschen Kommunen: Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. In: *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, S. 34–181.
- Garcia, D. et al. (2015): Ideological and Temporal Components of Network Polarization in Online Political Participatory Media. In: *Policy and Internet* 7 (1), S. 46–79.
- Gauja, Anika (2017): *Party reform: the causes, challenges, and consequences of organizational change*. Oxford.
- Gerbaudo, P. (2018): *The Digital Party: Political Organisation and Online Democracy*. London.
- Gerl, Katharina/Marschall, Stefan/Wilker, Nadja (2016): Innerparteiliche Demokratie 2.0? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10 (2), S. 115–149.
- Gibson, Rachel K./Cantijoch, Marta (2013): Conceptualizing and Measuring Participation in the Age of the Internet: Is Online Political Engagement Really Different to Offline? In: *The Journal of Politics* 75 (3), S. 701–716.
- Gibson, Rachel K./Greffet, Fabienne/Cantijoch, Marta (2017): Friend or Foe? Digital Technologies and the Changing Nature of Party Membership. In: *Political Communication* 34 (1), S. 89–111.

- Glaab, Manuela (2010): Political Leadership in der Großen Koalition: Führungsressourcen und -stile von Bundeskanzlerin Merkel. In: Egle (Hg.): Die zweite Große Koalition 2005–2009. Wiesbaden, S. 123–155.
- Goodin, Robert E./Dryzek, John S. (2006): Deliberative Impacts: The Macro-Political Uptake of Mini-Publics. In: *Politics & Society* 34 (2), S. 219–244.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1982): *Parties and their environments: limits to reform?* New York.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. In: *Journal of Theoretical Politics* 6 (3), S. 259–287.
- Harmel, Robert/Svåsand, Lars (1993): Party leadership and party institutionalisation: Three phases of development. In: *West European Politics* 16 (2), S. 67–88.
- Hartleb, Florian (2013): Anti-elitist cyber parties? In: *Journal of Public Affairs* 13 (4), S. 355–369.
- Heimrich, Linette (2013): Parteien digital: Online-Strategien in der Mitgliederkommunikation von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenpartei. *Hamburger Wahlbeobachter*. URL: www.hamburger-wahlbeobachter.de/2013/10/parteien-digital-online-strategien-in_29.html (27.02.2018).
- Helms, Ludger (2008): Governing in the Media Age: The Impact of the Mass Media on Executive Leadership in Contemporary Democracies. In: *Government and Opposition* 43 (1), S. 26–54.
- Helms, Ludger (2012): Introduction: The Importance of Studying Political Leadership Comparatively. In: Helms (Hg.): *Comparative Political Leadership*. Basingstoke, S. 1–24.
- Helms, Ludger (2014): Politische Führung und Institutionen, oder: Was leistet eine institutionalistische Leadership-Forschung? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (1), S. 57–78.
- Hirzalla, Fadi/Van Zoonen, Liesbett/De Ridder, Jan (2010): Internet use and political participation: Reflections on the mobilization/normalization controversy. In: *The Information Society* 27 (1):1–15.
- Hofmann, Jeanette (2019): Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 27–45.
- Höhne, Benjamin (2013): Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. *Parteien in Theorie und Empirie*, Band 4. Opladen.
- Höhne, Benjamin (2017): Wie stellen Parteien ihre Parlamentsbewerber auf? Das Personalmanagement vor der Bundestagswahl 2017. In: Koschmieder (Hg.): *Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen*. Wiesbaden, S. 227–253.
- Huck, Simone (2004): *Public Relations ohne Grenzen? Eine explorative Analyse der Beziehung zwischen Kultur und Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen*. Wiesbaden.

- Janda, Kenneth (1980): *Political parties: A cross-national survey*. New York.
- Jun, Uwe (2004): *Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie: SPD und Labour Party im Vergleich*. Frankfurt a.M.
- Jun, Uwe (2009). Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren. In: Jun/Niedermayer/Wiesendahl (Hg.): *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen, S. 187–210.
- Jun, Uwe (2013): Typen und Funktionen von Parteien. In: Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden, S. 119–144.
- Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (2011): Parteienfamilien: Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? In: *Parteien in Theorie und Empirie*. Leverkusen.
- Jun, Uwe/Pütz, Johannes (2010): »Die organisierte Unverantwortlichkeit«? Aus dem Innenleben einer Kampagne: Kommunikationsstrukturen und -strategien des SPD-Kampagnenmanagements im Bundestagswahlkampf 2009 – Das »TV-Duell« als Fallbeispiel. In: *ZPB Zeitschrift für Politikberatung* 1 (3), S. 197–215.
- Jungherr, Andreas (2017): Datengestützte Verfahren im Wahlkampf. In: *ZPB Zeitschrift für Politikberatung* 8 (1), S. 3–14.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1996): Cadre, Catch-All or Cartel?: A Rejoinder. In: *Party Politics* 2 (4), S. 525–534.
- Kefford, Glenn (2018): Digital Media, Ground Wars and Party Organisation: Does Stratarchy Explain How Parties Organise Election Campaigns? In: *Parliamentary Affairs* 71 (3), S. 656–673.
- Kenig, Ofer (2009): Democratization of party leadership selection: do wider selectorates produce more competitive contests? In: *Electoral Studies* 28 (2), S. 240–247.
- Kersting, Norbert (2013): Online participation: From »invited« to »invented« spaces. *International Journal of Electronic Governance* 6 (4), S. 270–280.
- Kersting, Norbert (2017): *Urbane Innovation*. Wiesbaden.
- Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung– Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 105–121.
- Kersting, Norbert/Baldersheim, Harald (2004): *Electronic voting and democracy: a comparative analysis*. Wiesbaden.
- Key, Valdemir O. (1953): *Politics, Parties and Pressure Groups*. 3. Auflage. New York.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1), S. 20–41.
- Klingelhöfer, Tristan (2014): Ensuring consistency across levels? The delegation model of multi-level party politics and Spanish framework manifestos. In: *Party Politics* 22 (4), S. 452–464.

- Klinger, Ulrike/Rusmann, Uta (2017): »Beer is more efficient than social media«—Political parties and strategic communication in Austrian and Swiss national elections. In: *Journal of Information Technology & Politics*, S. 1–15.
- Kneuer, Marianne (2013): Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In: Kneuer (Hg.): *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?*. Baden-Baden, S. 7–31.
- Kneuer, Marianne/Richter, Saskia (2015): *Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?* Frankfurt und New York.
- Kneuer, Marianne/Salzborn, Samuel (2016): Web 2.0 – Demokratie 3.0: Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft Supplement*.
- Koc-Michalska, K. et al. (2016): The normalization of online campaigning in the web.2.0 era. In: *European Journal of Communication* 31 (3), S. 331–350.
- König, Pascal D. (2018): Digitalpolitische Positionen im deutschen Parteiensystem. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12 (2), S. 399–427.
- Korte, Karl-Rudolf et al. (2018): *Parteiendemokratie in Bewegung: Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich. Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden.
- Korte, Karl-Rudolf/Treibel, Jan (2012): *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*. Baden-Baden.
- Kriesi, Hanspeter (2008): Political Mobilisation, Political Participation and the Power of the Vote. In: *West European Politics* 31 (1–2), S. 147–168.
- Kriesi, Hanspeter (2012): Personalization of national election campaigns. In: *Party Politics* 18 (6), S. 825–844.
- Krüper, Julian (2018): *Funktionen politischer Parteien und deren Abbildung im Recht. Zu den Grenzen einer organisationsrechtlichen Funktionsbeschreibung politischer Parteien*. In: *Parteienstaat-Parteiendemokratie*. Baden-Baden.
- Langer, Ana I. (2011): *The Personalisation of Politics in the UK: Mediated Leadership from Attlee to Cameron*. Manchester.
- Langer, Ana I./Sagarzazu, Iñaki (2018): Bring back the party: personalisation, the media and coalition politics. In: *West European Politics* 41 (2), S. 472–495.
- Lauer, Thomas W. (2004): The risk of e-voting. In: *Electronic Journal of E-government* 2 (3), S. 177–186.
- LeDuc, Lawrence (2001): Democratizing party leadership selection. In: *Party Politics* 7 (3), S. 323–341.
- Lev-On, Azi/Haleva-Amir, Sharon (2016): Normalizing or equalizing? Characterizing Facebook campaigning. In: *New Media & Society* 20 (2), S. 720–739.
- Lev-On, Azi (2011): Campaigning online: Use of the Internet by parties, candidates and voters in national and local election campaigns in Israel. In: *Policy & Internet* 3 (1), S. 1–28.

- Lilleker, Darren G. (2013): Empowering the citizens? Political communication, co-production and the harnessed crowd? In: Scullion et al. (Hg.): *The Media, Political Participation and Empowerment*. London, S. 24–38.
- Lilleker, Darren G./Koc-Michalska, Karolina (2016): What Drives Political Participation? Motivations and Mobilization in a Digital Age. In: *Political Communication* 34 (1), S. 1–23.
- Lopez-Meri, A./Marcos-Garcia, S./Casero-Ripolles, A. (2017): What Do Politicians Do on Twitter? Functions and Communication Strategies in the Spanish Electoral Campaign of 2016. In: *Profesional De La Informacion* 26 (5), S. 795–804.
- Loveless, Matthew (2010): Understanding Media Socialization in Democratizing Countries: Mobilization and Malaise in Central and Eastern Europe. In: *Comparative Politics* 42 (4), S. 457–474.
- Lutz, Christoph/Hoffmann, Christian P. (2017): The dark side of online participation: exploring non-, passive and negative participation. In: *Information, Communication & Society* 20 (6), S. 876–897.
- Lutz, Christoph/Meckel, Miriam/Quan-Haase, Anabel (2015): Online but still not taking part? Investigating online participation divides in Germany. St. Gallen.
- Mair, Peter (2009): Representative versus Responsible Government. In: MPIfG Working Paper 9 (8), S. 1–21.
- Margetts, Helen (2006): Cyber-Parties. In: Katz/Crotty (Hg.): *Handbook of party politics*. London, S. 528–535.
- Marschall, Stefan (2013): »Mitgliederpartei 2.0«. Chancen und Grenzen virtueller Parteimitgliedschaft. In: Alemann/Morlok/Spier (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder? Tagungsband »Parteien ohne Mitglieder?«*. Baden-Baden, 271–287.
- Marschall, Stefan/Schultze, Martin (2012): Normalisierung oder Mobilisierung? – Die Auswirkungen politischer Online-Kommunikation auf die Wahlbeteiligung am Beispiel einer Internet-Applikation zur Bundestagswahl 2009. In: *Politische Vierteljahresschrift* 53 (3), S. 444–466.
- Marschall, Stefan/Schultze, Martin (2015): German E-Campaigning and the Emergence of a »Digital Voter«? An Analysis of the Users of the Wahl-O-Mat. In: *German politics* 24 (4), S. 525–541.
- Merz, Nicolas/Regel, Sven/Lewandowski, J. (2016): The Manifesto Corpus: A new resource for research on political parties and quantitative text analysis. In: *Research & Politics* 3 (2), S. 1–8.
- Merz, Nicolas/Regel, Sven (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden, S. 210–238.
- Michels, Robert (1911): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Leipzig.

- Montigny, Eric (2015): The Decline of Activism in Political Parties: Adaptation Strategies and New Technologies. In: Lachapelle/Maarek (Hg.): Political parties in the digital age. Oldenbourg, 61–72.
- Negroponte, Nicholas (1995): Being digital. New York.
- Neyazi, T. A./Kumar, A./Semetko, H. A. (2016): Campaigns, Digital Media, and Mobilization in India. In: International Journal of Press-Politics 21 (3), S. 398–416.
- Niedermayer, Oskar (2013): Die Analyse einzelner Parteien. In: Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden, S. 61–73.
- Nielsen, Rasmus Kleis (2011): Mundane internet tools, mobilizing practices, and the coproduction of citizenship in political campaigns. In: New Media & Society 13 (5), S. 755–771.
- Ordaz, L. V. (2015): Building the news media agenda: Spanish political parties' influence on traditional media and blogosphere agendas during 2011 electoral campaign. In: Communication & Society-Spain 28 (3), S. 115–134.
- Oswald, Michael/Johann, Michael (2018): Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel: Interdisziplinäre Perspektiven auf ein dynamisches Forschungsfeld. Wiesbaden.
- Poguntke, Thomas/Webb, Paul (2005): The presidentialization of politics: A comparative study of modern democracies. In: Comparative Politics. Oxford.
- Polk, Jonathan/Kölln, Ann-Kristin (2017): The lives of the party. In: Party Politics 23 (1), S. 3–6.
- Postman, N. (1993): Technopoly: The Surrender of Culture to Technology. New York.
- Prior, Markus (2013): Media and political polarization. In: Annual Review of Political Science 16, S. 101–127.
- Puhle, Hans-Jürgen (2002): Still the Age of Catch-allism? Volksparteien and Parteienstaat in Crisis and Re-equilibration. In: Gunther et al. (Hg.): Political parties. Oxford, S. 58–83.
- Rahat, G./Kenig, O. (2018): From Party Politics to Personalized Politics? Party Change and Political Personalization in Democracies. Oxford.
- Randall, Vicky/Svåsand, Lars (2002): Party Institutionalization in New Democracies. In: *Party Politics* 8 (1), S. 5–29.
- Reichard, Daniel/Borucki, Isabelle (2015): Mehr als die Replikation organisationaler Offline-Strukturen? Zur internen Vernetzung von Parteien auf Twitter – das Beispiel SPD. In: Gamper/Reschke/Düring (Hg.): Knoten und Kanten III. Soziale Netzwerkanalyse in Politik- und Geschichtswissenschaft. Bielefeld, S. 399–422.
- Reichert-Dreyer, Ingrid (2002): Parteireformen. In: Gabriel/Niedermayer/Stöss (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Wiesbaden, S. 570–591.
- Resnick, David (1998): The normalization of cyberspace. In: Toulouse/Luke (Hg.): The politics of cyberspace. New York, S. 48–68.

- Rhee, Yunna/Moon, Beach (2009): Organizational Culture and Strategic Communication Practice: Testing the Competing Values Model (CVM) and Employee Communication Strategies (ECS) Model in Korea. In: *International Journal of Strategic Communication* 3 (1), S52–67.
- Romeijn, Jeroen (2018): Do political parties listen to the(ir) public? Public opinion–party linkage on specific policy issues. In: *Party Politics*, online first.
- Rose, Richard/Mackie, Thomas (1988): Do Parties Persist or Fail? The Big Tradoff Facing Organizations. In: Lawson/Merkl (Hg.): *When Parties Fail*. Princeton, S. 533–560.
- Roßteutscher, Sigrid/Schäfer, Armin (2016): Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57 (3), S. 455–483.
- Rye, Danny (2015): Political Parties and Power: A New Framework for Analysis. In: *Political Studies* 63 (5), S. 1052–1069.
- Sampedro, V./Mosca, L. (2018): Digital Media, Contentious Politics and Party Systems in Italy and Spain. In: *Javnost-The Public* 25 (1–2), S. 160–168.
- Sarcinelli, Ulrich (1987): Symbolische Politik: Zur Bedeutung symbol. Handelns in d. Wahlkampfkommunikation d. Bundesrepublik Deutschland. *Studien zur Sozialwissenschaft*, Band 72. Opladen.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and party systems: A framework for analysis*. Cambridge [England] und New York.
- Sartori, Giovanni (2005): Party Types, Organisation and Functions. In: *West European Politics* 28 (1), S. 5–32.
- Scarrow, Susan E. (2015): *Beyond party members: Changing approaches to partisan mobilization*. Oxford.
- Scarrow, Susan E. (2018): Multi-Speed Parties and Representation: The Evolution of Party Affiliation in Germany. In: *German politics* 28 (1), S. 1–21.
- Schein, Edgar H. (2006): *Organisationskultur. The Ed Schein Corporate Culture Survival Guide*. 2. Auflage. (am. Org. 1999) Bergisch Gladbach.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo, (2005): *Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteiorganisationen*. Wiesbaden.
- Schmitter, Philippe C. (2001): Parties are not what they once were. In: Diamond/Gunther (Hg.): *Political parties and democracy*, *Journal of democracy book*. Baltimore, S. 67–89.
- Schradie, Jen (2018): The Digital Activism Gap: How Class and Costs Shape Online Collective Action. In: *Social Problems* 65 (1), S. 51–74.
- Schweitzer, Eva J./Albrecht, Steffen (2011): *Das Internet im Wahlkampf: Analysen zur Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden.
- Scullion, Richard et al. (2013): *The Media, Political Participation and Empowerment*. London.

- Segesten, A. D./Bossetta, M. (2017): A typology of political participation online: how citizens used Twitter to mobilize during the 2015 British general elections. In: *Information Communication & Society* 20 (11), S. 1625–1643.
- Smith, Jennifer K. (2009): Campaigning and the Catch-All Party. In: *Party Politics* 15 (5), S. 555–572.
- Sorauf, Frank J. (1975): Political Parties and Political Analysis. In: Chambers et al. (Hg.): *The American Party System: Stages of Political Development*. New York, S. 33–55.
- Sriramesh, Krishnamurthy/Grunig, James E./Buffington, Jody (1992): Corporate Culture and Public Relations. In: Gurnig et al. (Hg.): *Excellence in Public Relations and Communication Management. Contributions to Effective Organizations*. Hillsdale, S. 577–596.
- Stegbauer, Christian (2008): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Einige Anmerkungen zu einem neuen Paradigma*. Wiesbaden.
- Steiner, Nils D./Martin, Christian W. (2012): Economic Integration, Party Polarisation and Electoral Turnout. In: *West European Politics* 35 (2), S. 238–265.
- Stier, Sebastian et al. (2018): Election Campaigning on Social Media: Politicians, Audiences, and the Mediation of Political Communication on Facebook and Twitter. In: *Political Communication* 35 (1), S. 50–74.
- Tenscher, Jens/Borucki, Isabelle (2015): Politische und mediale Logiken. Ein Vorschlag zur Differenzierung politischer Medialisierung. In: Jun/Jäckel (Hg.): *Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation. Politik und Kommunikation, Band 2*. Leverkusen, S. 139–167.
- Theocharis, Yannis/Van Deth, Jan W. (2018): The continuous expansion of citizen participation: a new taxonomy. In: *European Political Science Review* 10 (1), S. 139–163.
- Treibel, Jan (2013): Innerparteiliche Entscheidungsprozesse. In: Korte/Grunden (Hg.): *Handbuch Regierungsforschung*. Wiesbaden, S. 359–369.
- Vaccari, Cristian (2017): Online Mobilization in Comparative Perspective: Digital Appeals and Political Engagement in Germany, Italy, and the United Kingdom. In: *Political Communication* 34 (1), S. 69–88.
- Vaccari, Cristian (2013): A tale of two e-parties. In: *Party Politics* 19 (1), S. 19–40.
- Valera-Ordaz, L./Calvo, D./Lopez-Garcia, G. (2018): Political conversations on Facebook. Exploring the role of homophily in argumentation and communicative interaction. In: *Revista Latina De Comunicacion Social* 73 (1), S. 55–73.
- van Aelst, Peter/Sheafer, T./Stanyer, J. (2012): The personalization of mediated political communication: A review of concepts, operationalizations and key findings. In: *Journalism* 13 (2), S. 203–220.
- van Aelst, Peter/Sehata, Adam/Van Dalen, Arjen (2010): Members of Parliament: Equal Competitors for Media Attention? An Analysis of Personal Contacts Be-

- tween MPs and Political Journalists in Five European Countries. In: *Political Communication* 27 (3), S. 310–325.
- van Aelst, Peter et al. (2017): Political communication in a high-choice media environment: A challenge for democracy? In: *Annals of the International Communication Association* 41 (1), S. 3–27.
- Van Dijck, José/Poell, Thomas/De Waal, Martijn (2018): *The platform society: Public values in a connective world*. Oxford.
- Volkens, Andrea et al. (2013): *The Manifesto Data Collection*. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2013a. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Voss, Kathrin (2014): Einleitung. In: Voss (Hg.): *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down?* Wiesbaden, S. 9–23.
- Walter-Rogg, Melanie (2013): Parteireformen und ihre Wirkung auf die Mitgliederentwicklung. In: Alemann/Morlok/Spier (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder?* Baden-Baden, S. 247–271.
- Wang, Ching-Hsing (2014): The effects of party fractionalization and party polarization on democracy. In: *Party Politics* 20 (5), S. 687–699.
- Weick, Karl E. (1982): Management of organizational change among loosely coupled elements. In: Goodman (Hg.): *Change in organizations. New Perspectives on Theory, Research, and Practice*. San Francisco, Washington und London, S. 375–408.
- Wewer, Götztrik (2014): *Open Government, Staat und Demokratie. Ausätze zu Transparenz, Partizipation und Kollaboration*. Berlin.
- Wiesendahl, Elmar (2010a): Der Organisationswandel politischer Parteien: Organisations- und wandlungstheoretische Grundlagen. In: Jun/Höhne (Hg.): *Parteien als fragmentierte Organisationen. Parteien in Theorie und Empirie*, Band 1. Opladen, S. 35–61.
- Wiesendahl, Elmar (2010b): Zwei Dekaden Party Change-Forschung: Eine kritische Bilanz. In: Gehne/Spier (Hg.): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?* Wiesbaden, S. 92–118.
- Wiesendahl, Elmar (2013): Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In: Niemayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden, S. 13–60.
- Williams, Michelle H. (2008): Kirchheimer Revisited: Party Polarisation, Party Convergence, or Party Decline in the German Party System. In: *German politics* 17 (2), S. 105–123.
- Wright, S. (2012): Politics as usual? Revolution, normalization and a new agenda for online deliberation. In: *New Media & Society* 14 (2), S. 244–261.
- Yardi, Sarita/boyd, danah (2010): Dynamic Debates: An Analysis of Group Polarization Over Time on Twitter. In: *Bulletin of Science, Technology & Society* 30 (5), S. 316–327.